

Martin Häusling - MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments - grüner Europaabgeordneter für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland



DIE GRÜNEN/EFA
im Europäischen Parlament



Newsletter April 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

die heiße Phase kurz vor der Europawahl brachte im Europäischen Parlament einige legislative Arbeiten mit sich, die in kürzester Zeit zum Abschluss gebracht werden mussten. Mit der neuen Verordnung des allgemeinen Lebensmittelrechts hat das EU-Parlament neue Maßstäbe bei der Transparenz von Zulassungsverfahren gesetzt - in Zukunft wird Bayer & CO genauer auf die Finger geschaut werden können. Andererseits werden jedoch weiterhin viel zu viele schädliche Pestizide verwendet und insektenschädliche Neonikotinoide weiter zugelassen. Es steht daher viel Arbeit an, zukunftsfähige Anbaumethoden, die auch ohne diese Mittel auskommen, zu forcieren und den ökologischen Landbau als Schlüsselmethode, wie vom staatlichen Thünen Institut bestätigt, zu fördern. Leider spiegelt sich die Berücksichtigung zukunftsfähiger Anbausysteme so gar nicht in der Abstimmung des Agrarausschusses zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wider. Verbindliche Umweltauflagen, die Förderung des ländlichen Raums und Klimaschutz sind hier dramatisch gekürzt worden und wir Grünen werden unser Möglichstes tun, die verheerenden Konsequenzen einer solchen rückschrittlichen Haltung in der neuen Legislaturperiode abzuwenden. Im folgenden Newsletter gebe ich euch einen kurzen Überblick über die Themen, die in der letzten Zeit in Brüssel und Straßburg relevant waren:

- Schlüsseltechnologie Ökolandbau: Bericht des Staatliches Thünen-Instituts
- Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP): Totalschaden im Agrarausschuss
- Nachhaltige Ackergifte? Bericht des Europäische Parlaments zu Pestiziden
- Mehr Transparenz bei Zulassungsverfahren: Reform des Lebensmittelrechts
- Überfällig: Erleichterter Zugang zu Medizinischem Cannabis
- Versäumnis beim Naturschutz: EU-Kommission mahnt Deutschland
- Riesenerfolg: Glyphosat-Studien müssen öffentlich gemacht werden!
- Kein Zutritt für Klimawandelleugner: Grüne fordern Ausschluss von Exxon-Lobbyisten
- Der Anfang ist gemacht: Verbot von 10 Einwegplastik-Artikeln in der EU
- Düngeverordnung - Eine sinnvolle Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie muss her!
- Immer wieder Notfallzulassungen: Weitere Neonicotinoide auf den Feldern
- Im Tal der giftigen Winde: Der Kampf der Gemeinde Mals für eine giffreie Landwirtschaft

Dazu kommen wie immer ein Terminrückblick sowie eine Vorschau über aufkommende Veranstaltungen.

Ich freue mich auf eine spannende Wahlkampfzeit!

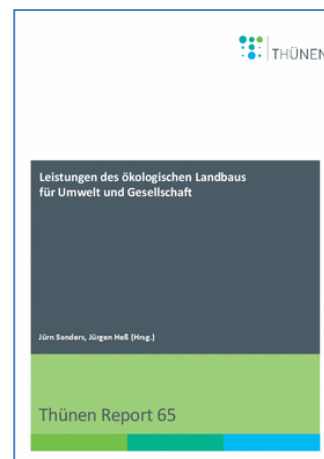
Viel Spaß beim Lesen und: **Am 26.05. wählen gehen!**

Euer Martin



Schlüsseltechnologie Ökolandbau: Positive Bilanz des Staatliches Thünen-Instituts

Im [Thünen Report 65](#) „Leistungen des ökologischen Landbaus für Umwelt und Gesellschaft“ belegt das deutsche Bundesforschungsinstitut einmal mehr, dass der Ökolandbau rundum gesehen die nachhaltigste Systemalternative zu unserem aktuell praktizierten Anbausystem ist. In den letzten 5 Jahren gab es viele Studien dazu. Schon 2016 hatte eine [umfangreiche internationale Studie](#) eindrücklich belegt, dass langfristig der ökologische Landbau in den Bereichen Produktivität, Wirtschaft, Umwelt und sozialer Wohlstand weltweit durchweg besser abschneidet, als der konventionelle.



Beim Faktor Klimaschutz wertet die Thünen-Studie das Ergebnis allerdings weniger eindeutig, obwohl ökologisch bewirtschaftete Böden um zehn Prozent mehr organischen Bodenkohlenstoff enthalten, weniger Treibhausgase (THG) emittieren, und schneller und mehr Wasser aufnehmen und speichern. Grund dafür sei das niedrigere Ertragsniveau im Ökolandbau. Daher seien die ertragsbezogenen Klimaschutzleistungen im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft vermutlich nur vergleichbar, so die Autoren.

Doch muss man sich hier drei Faktoren genauer anschauen: 1. Wurden die THG, die bei der mineralischen Düngerezeugung anfallen (die der Ökolandbau nicht nutzt) nicht einkalkuliert (weil sie nicht zur Landwirtschaft gerechnet werden). 2. Liegen den hier zugrunde gelegten Ertragsunterschieden nur Mittelwerte der mittleren Breiten zugrunde, während der Ökolandbau in den Tropen in der Regel deutlich höhere Erträge aufweist, als der konventionelle. 3. Müsste beim Ertrag genaugenommen die auf der Fläche erzeugte Biomasse berechnet werden und nicht nur die Verkaufsfrucht, denn durch die Beschränkung auf die Verkaufsfrucht kommt der spezielle Nährstoff- und Fruchtfolgekreislauf des Ökolandbaus in der Ertragsrechnung nicht zum Tragen. Genau genommen müsste man die zusätzliche Artenvielfalt, das saubere Wasser und die höhere Bodenfruchtbarkeit ebenfalls zum „Ertrag“ des Ökolandbaus hinzurechnen, doch so differenziert werden die Rechenmodelle bisher nicht gefüttert.

Deshalb lautet auch heute noch ein Glaubenssatz der Agrarindustrie: Wer auf weniger Fläche mehr kaputt macht ist besser als derjenige, der auch mehr Fläche gesunde Ökosysteme erzeugt.

Früher nannte man das: „Auf dem Ast sägen, auf dem man sitzt.“

Übrigens: Kürzlich veröffentlichte Untersuchungen bestätigen: Auch pro Tonne Ertrag sind die THG Emissionen im Ökolandbau geringer - oder – beim Anbau von Mais – gleich hoch, sogar ohne die Einbeziehung der Mineraldüngerproduktion. Dies geht aus einer Studie zu einem weltweit einmaligen Langzeit-Feldversuch hervor, die der Gießener Agrarwissenschaftler Prof. Andreas Gattinger geleitet hat.

Links:

[Thünen Report 65 Pressemitteilung](#)

Studie: [Ökolandbau mindert Klimawandel](#)

[Kann der Öko-Landbau Europa ernähren?](#)

Studie: [Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist.](#)



Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP): Totalschaden im Agrarausschuss

Leider hat sich der EU-Agrarausschuss am 2. April für eine rückwärtsgewandte Agrarpolitik eingesetzt und sehr problematische Vorschläge abgesegnet.

Unser Ziel als Grüne ist, die Stellungnahmen des Agrarausschuss in der kommenden Legislatur noch einmal zu öffnen.

Die beschlossene Position des Agrarausschusses beinhaltet u.a.:

- sehr hohe, nicht verpflichtende Obergrenze der Direktzahlungen mit vielen Ausnahmen und Ausschluss der kleinsten Landwirte vom Zugang zu GAP-Subventionen,
- starker Widerstand gegen eine gerechtere EU-weite Angleichung der GAP-Mittel,
- ein sehr niedriges Budget für Eco-schemes (ökologische Zusatzleistungen),
- die Zementierung eines unqualifizierten Basiseinkommens pro Hektar (60 % der Zahlungen)
- Streichung oder Schwächung vieler Elemente der Konditionalität (Neufassung von „Cross Compliance“= verbindliche Mindestanforderung für den Erhalt von Direktzahlungen), die sich auf den Klimaschutz auswirken, wie beispielsweise die Erhaltung von Dauergrünland, Torfgebieten und ökologische Vorrangflächen.

Diese Positionen stehen nicht nur im Widerspruch zu den Forderungen der EU-Bürger in Bezug auf Umwelt- und insbesondere Klimaprobleme, wie die jüngsten EU-weiten erfolgreichen Demonstrationen deutlich gemacht haben, sie würden die neue GAP in diesen Fragen sogar noch schwächer machen als die derzeitige. Als Grüne / EFA lehnen wir nicht nur diese rückständige und völlig ignorante Positionierung ab, sondern sind schockiert darüber, dass sich im Parlament kaum Widerstand dagegen regt.

Da während dieser nun zu Ende gehenden Legislaturperiode keine Abstimmung im Plenum geplant ist, werden die Gespräche in diesem Herbst von den neuen Abgeordneten übernommen, und die EU-Bürger haben die Möglichkeit, ihren Wünsche für die Agrarpolitik mit ihrer Abstimmung im Mai Ausdruck zu verleihen.

Das wollen wir:

Wir Grüne streiten für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik.

- Dazu gehört eine Bindung der Zahlungen an hohe Umwelt- und Tierschutzstandards
- Wir wollen, eine Obergrenze der Direktzahlungen unter Einbeziehung der Arbeitskräfte
- Kleinstbetriebe auch in Zukunft erhalten bleiben. Gerade in Osteuropa arbeitet eine Vielzahl extensiver Kleinstbetriebe, sie sollen auch in Zukunft eine Chance haben.

Links:

[Briefing zur Abstimmung der GAP im Agrarausschuss](#)

[Stellungnahme des ENVI](#)

[Bewertung des Vorschlags der Kommission zur GAP nach 2020.](#)

[Martins Standpunkt zur Erneuerung der Gemeinsamen Agrarpolitik.](#)





Nachhaltige Ackergifte? Bericht des Europäische Parlaments zu Pestiziden

Mitte Februar hat das Europaparlament einen [Initiativbericht zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden](#) verabschiedet. Neben der Zulassungsverordnung (EG) 1107/2009 und dem Pflanzenschutzgesetz bildet die Rahmenrichtlinie zur Nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (2009/128/EG) (NAP) die zweite Säule der EU-Gesetzgebung zu Pflanzenschutzmitteln. Im Initiativbericht kritisiert der Umweltausschuss, dass die EU-Mitgliedstaaten die Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden nicht zufriedenstellend umsetzen. Der „integrierte Pflanzenschutz“ mit Schadschwellenprinzip (es wird erst gespritzt, wenn eine bestimmte Schadschwelle erreicht ist), der eigentlich gesetzliche Grundlage in der ganzen EU ist, wird kaum umgesetzt. Auch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bietet in ihrer derzeitigen Form „nicht hinreichend Anreize“, die Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe von Pestiziden zu verringern und ökologische/biologische Produktionsverfahren einzuführen.



Nicht verwechseln darf man den Bericht mit dem [Bericht des PEST-Ausschusses](#) und der Neuregelung des allgemeinen Lebensmittelrechts, in der es um transparentere Zulassungsverfahren geht (siehe nächster Absatz in diesem Newsletter).

Links:

[Artikel von Martin Häusling im Kritischen Agrarbericht 2019 zu Pestiziden.](#)

[Beitrag über schonendes Bodenmanagement ohne Glyphosat und den Ausstieg aus Mythen und Pestizidfallen im Kritischen Agrarbericht 2019.](#)

Mehr Transparenz bei Zulassungsverfahren: Reform des Lebensmittelrechts

In der Nacht auf den 12. Februar haben sich das Europäische Parlament, der Europäische Rat und die Europäische Kommission im Rahmen der Trilog-Verhandlungen auf die zukünftige EU-Verordnung über „*Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette*“ geeinigt. Vorausgegangen waren Monate voll intensiver Arbeitstreffen, da die Europäische Kommission erst - als Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative „Stopp Glyphosat“ - im April 2018 mit ihrem Verordnungsvorschlag an die Öffentlichkeit gegangen war. Ich habe die Verhandlungen als zuständiger Grüner des Europäischen Parlaments mitgestaltet und bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden: Firmen, die eine Zulassung oder Verlängerung von z.B. Pestiziden, Futtermittelzusatzstoffen und gentechnisch veränderten Organismen für den europäischen Markt haben wollen, müssen die wissenschaftlichen Studien, die die Unbedenklichkeit ihrer Stoffe nachweisen, öffentlich machen. Das ist ein Quantensprung in Vergleich zu unserem aktuellen Zulassungsverfahren und ein Sieg für mehr Transparenz. Wir haben erreicht, dass Geschäftsgeheimnisse nicht wichtiger genommen werden als Umwelt und Gesundheit.

Links:

[Martin Häuslings Briefing zur Transparenzrichtlinie](#)

[Videoclip mit Martin Häusling zur Transparenzrichtlinie](#)



Überfällig: Erleichterter Zugang zu Medizinischem Cannabis

Das Europäische Parlament hat in seiner im Februar verabschiedeten [Resolution](#) deutlich gemacht, dass medizinisches Cannabis auf das Radar von Ärzten, Forschern, Politikern und der breiten Öffentlichkeit gehört. Wir wollen, dass Cannabis-Produkte zur medizinischen Verwendung nicht länger gegenüber anderen Arzneimitteln benachteiligt werden. Auch die Verschreibung und die Kostenübernahme durch die Krankenkassen müssen barrierefreier ablaufen. Ganz wichtig ist uns Grünen, dass die verschiedenen Anwendungsformen von medizinischen Hanfprodukten nicht gegeneinander ausgespielt werden: Fertigarzneimittel auf Cannabisbasis dürfen nicht gegenüber Cannabisblüten, beispielsweise zur Inhalation, benachteiligt werden. Ein Großteil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments sieht das allerdings anders - sie wollen nur medizinisches Cannabis fördern, das das Prozedere klinischer Prüfungen durchlaufen hat. Damit verschließen sie sich der Tatsache, dass Patienten Linderung durch Cannabisblüten erfahren, auch wenn dies bislang nur durch andere Verfahren belegt wurde. Wir Grüne haben den Antrag aus diesem Grund nicht unterstützt. Ich war der zuständige Grüne bei der Ausarbeitung der Resolution.

Links:

[Pressemitteilung von Martin Häusling](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

Versäumnis beim Naturschutz: EU-Kommission mahnt Deutschland

Am 24. Januar hat die EU-Kommission ein Mahnschreiben an die Bundesregierung geschickt in dem sie Deutschland auffordert, sein Natura-2000-Netz fertig zu stellen. In der Pressemitteilung der Kommission liest sich das folgendermaßen: *„Deutschland hat es versäumt, innerhalb der vorgeschriebenen Fristen 787 von 4606 Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung als besondere Schutzgebiete auszuweisen. Darüber hinaus hat Deutschland es auch generell und fortgesetzt versäumt, für alle Natura 2000-Gebiete hinreichend detaillierte Ziele festzulegen“*.

Ziel dieser Schutzgebiete ist die Bewahrung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der geschützten Arten und Lebensräume. Artensterben ist eines der drängenden Probleme unserer Zeit und das Tempo Deutschlands beim Forcieren des Artenschutzes unangemessen gemächlich. Der Druck aus Brüssel kann der Sache nur dienen. Damit Bewegung in die Sache kommt, müssen die Bundesländer der Ausweisung der Schutzgebiete Priorität einräumen, am Geld darf es nicht scheitern. Das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz sollte sich seiner Gestaltungsmöglichkeiten beim Naturschutz stärker bewusst sein und sich aktiver für die rasche Ausweisung der Schutzgebiete sowie konkrete Erhaltungsmaßnahmen und Zeitpläne einsetzen.

Links: [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)



Riesenerfolg: Glyphosat-Studien müssen öffentlich gemacht werden!

Am 7. März gab der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein bahnbrechendes Urteil bekannt: die Studien, die die Toxizität und die krebserregende Wirkung des Pestizids Glyphosat behandeln, hätten öffentlich gemacht werden müssen. Darauf hatten vier Europa-Abgeordnete der Grünen geklagt. Das EuGH-Urteil ist ein Sieg für Gesundheit und Umwelt. Jetzt wird ans Tageslicht kommen, was die Geschäftemacher uns vorenthalten wollten. Am 08. April hat Bayer als Reaktion auf das EuGH-Urteil bereits 107 Studienberichte, die bei der EFSA eingereicht waren, online veröffentlicht. Diese müssen nun umgehend analysiert werden. Wenn sich die vermuteten Belege dafür finden, dass Glyphosat tatsächlich krebserregend ist, wäre das ein Skandal mit weitreichenden Veränderungen: Der Wirkstoff müsste sofort international verboten werden.

Links:

[Urteil des EuGH](#)

[Artikel in „Die Zeit“ zur Veröffentlichung der Studien](#)

Kein Zutritt für Klimawandelleugner: Grüne fordern Ausschluss von Exxon-Lobbyisten

Am 21. März fand im Europäischen Parlament eine Anhörung statt, bei der die Verschleierungs- und Verharmlosungstaktiken des US-amerikanischen Mineralölkonzerns ExxonMobile in Bezug auf den Klimawandel thematisiert wurden. Seit den 1950er Jahren sind ExxonMobile die klimaschädigenden Auswirkungen der Nutzung von Erdöl und Erdgas bekannt. Der multinationale Konzern hat weltweit einen ganzen Stab an Mitarbeitern damit betraut, diesen Sachverhalt zu verschleiern und Kritiker zu verleumden. Die Anhörung war Folge einer Petition, in der das Europäische Parlament aufgefordert wird, Maßnahmen gegen den multinationalen Ölkonzern zu ergreifen, da dieser den Klimawandel leugne. Vertreter des Konzerns blieben dieser jedoch fern. Grüne Parlamentarier schickten in Folge auf die Anhörung einen Brief an den Parlamentspräsidenten Tajani, in dem sie forderten, dass Exxon Mobiles sechs Lobbyisten die Akkreditierung zum Europäische Parlament entzogen werden soll.

Links:

[Link zur Petition](#)

[Anhörung im EP](#)

[Brief der grünen Parlamentarier](#)

Der Anfang ist gemacht: Ab 2021 gibt es 10 Wegwerfartikel weniger in Europa

Am 27. März hat das Europäische Parlament seine Zustimmung zur zukünftigen EU-Richtlinie zur Verringerung von Einweg-Plastik gegeben. Demnach werden ab 2021 10 der häufigsten Einweg-Plastikartikel verboten bzw. durch plastikfreie Alternativen ersetzt. Dazu gehören z.B. Plastikbesteck, Strohhalme und Lebensmittelverpackungen aus Styropor. Dem Einsatz der Grünen ist es zu verdanken, dass Oxo-Plastik auch verboten wird, denn diese als "kompostierbar" gekennzeichneten Produkte können nur sehr langsam oder gar nicht auf freiem Kompost abgebaut werden, sondern nur im Labor.



Unser Ziel, auch leichte Plastiktüten, wie sie z.B. zum Einpacken von Obst und Gemüse verwendet werden, aus dem Verkehr zu ziehen, konnten wir aufgrund fehlender Mehrheiten nicht durchsetzen. Für die Zukunft muss dies und weitere umfassende Maßnahmen aber unbedingt angegangen werden, wie z.B. die Ausdehnung des Plastikverbots auf den gewerblichen und industriellen Bereich.

Link: [Briefing von Martin Häusling](#)

Düngeverordnung - Eine sinnvolle Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie muss her!

Deutschlands Nitrat-Misere geht in die nächste Runde. Nachdem die Europäische Kommission wiederholt die deutlich zu hohe Nitratbelastung in den sogenannten roten Gebieten angeprangert hat, wurde die Bundesregierung dazu aufgefordert, einen erneuten Vorschlag zur Novellierung dieser zu unterbreiten. Am Freitag, 23.3.2019 wurde bekannt, dass EU-Kommissar Karmenu Vella die neuen Vorschläge Deutschlands zu einer verschärften Düngeverordnung jedoch ebenfalls ablehnt, da einzelne Passagen nicht ehrgeizig genug seien und ein früheres Inkrafttreten angestrebt werden solle. Aus grüner Sicht hätte die Düngeverordnung von Anfang an auf die wahren Verursacher, wie die intensiven Mastbetriebe oder die intensive Pflanzenproduktion abzielen sollen, anstatt extensiv wirtschaftende Betriebe, wie Biobetriebe mit in Haftung zu nehmen. Das ist klar gegen das Verursacherprinzip.

Links:

[Positionspapier von Martin zum Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie.](#)

Immer wieder Notfallzulassungen: Weitere Neonikotinoide auf den Feldern

Einerseits werden weiterhin Notfallzulassungen für bienenschädliche Neonikotinoide erlassen, andererseits verschickt die Kommission Abmahnungen an EU-Mitgliedstaaten wegen des unberechtigten Einsatzes von Insektiziden. Die Europäische Kommission fährt in diesem Bereich einen Schlingerkurs. Im Folgenden eine Zusammenstellung der letzten Pressemitteilungen von mir dazu im Überblick:

- [Pilzmittel vor Verbot, Neonikotinoid vor Verlängerung: Irritierender Schlingerkurs der EU-Kommission bei Pflanzenschutzmitteln](#)
- [Weitere Zulassung von Neonikotinoiden: Volle Fahrt Richtung Artensterben](#)
- [Bienenleitlinien: EU-Politiker fordern Bundesregierung zum Handeln auf](#)
- [Neonikotinoide: EU-Kommission zieht die Zügel an](#)
- [Notfallzulassungen von Neonikotinoiden: Länder und EU-Kommission müssen skandalöse Zulassungen sofort stoppen](#)

Im Tal der giftigen Winde: Der Kampf der Gemeinde Mals für eine giffreie Landwirtschaft

Ende Februar reiste ich auf Einladung der Reihe „[QUER.DENKEN. – Impulse für den Wandel](#)“ für eine Diskussionsveranstaltung nach Meran in Südtirol. Des Weiteren stand auf dem Programm: Besuch der Grünen Südtirol in Bozen, Besuch bei Bioland Südtirol und zu guter Letzt ein Besuch des Dorfes Mals. Mals ist aufgrund seiner Abstimmung mit 77 % gegen den Pestizideinsatz in der





Landwirtschaft und dem Film „[Das Wunder von Mals](#)“ in Europa inzwischen fast so bekannt und berühmt, wie das kleine Dorf der Gallier im Kult-Comic „Asterix und Obelix“. Die Fahrt von Bozen entlang der Etsch und dann durch das Tal des Vinschgau erschütterte mich. Wie man ein so schönes Fleckchen Erde derartig in eine totale Apfelpflanzungen-Monokultur verwandeln kann, ist das eine. Wenn einem aber klar wird, dass in diesen Tälern über Monate hinweg ein wahrer Pestizidnebel herrscht (etwa 30-mal werden die Pflanzungen gespritzt), der wundert sich, warum hier überhaupt noch Touristen herkommen. In Mals traf ich den Bürgermeister und die meisten Aktiven des Malser „Wunders“ und konnte mir vor Ort ein Bild davon machen, wie ungeniert und ignorant viele konventionelle Obst-Bauern mit der Belastung ihrer Nachbarn umgehen, seien das Milchbauern, Biobauern, Kräutergärtner oder Kindergärten. Da helfen beim Kräuterschlösschen nicht einmal Folientunnel als Schutz vor den Pestizideinträgen. Leider versucht die regierende Südtiroler Volkspartei (SVP) Alles, um das Dorf zum Schweigen zu bringen und der Gemeinde den eingeschlagenen Rechtsweg zu verwehren. 2 Wochen nach meinem Besuch veröffentlichte das Umweltinstitut München, welches den Malser Weg unterstützt, seine [Untersuchungen](#), die den Beleg dafür bringen, wie unkontrollierbar die Pestizide überall hin verweht werden. Mich hat die freundliche Bestimmtheit, mit der die Menschen in Mals ihren Weg gehen beeindruckt. Dieses Dorf hat in Europa den Anfang gemacht. Es verdient die Unterstützung von uns allen!



Links:

[Das Wunder von Mals Filmtrailer](#)

[Der Malser Weg und Reaktionen der Südtiroler Landesregierung](#)

[Pestizid-Kritik unerwünscht: Südtirol zeigt Umweltinstitut an](#)

Terminvorschau

11.04.2019 – LEADER Konferenz in Brüssel

Die Förderung des ländlichen Raums im Rahmen des LEADER-Programmes wird hier unter Mitwirkung der drei grünen Abgeordneten Martin Häusling, Bronis Rope und Davor Škrlec kritisch diskutiert.

11.04.2019 – Grüner Talk bei Aachen – Gesundes Essen, Sauberes Wasser, Artenschutz?

Podiumsdiskussion für eine neue Landwirtschaftspolitik.

Weitere Infos dazu auf Martins [Homepage](#).

12.04. Frühjahrsempfang des KV Nürnberger Land

Weitere Infos dazu auf Martins [Homepage](#).

26.04.2019 – Wahlkampfauftakt mit Podium in Bayern – Landwirtschaft und Artenschutz: Baut Europa die Brücke?

Bei dieser Veranstaltung wird das Thema Landwirtschaft und Artenschutz aus europapolitischer Perspektive beleuchtet. Geplant ist eine Diskussion mit Fachleuten von u.a. Bund Naturschutz, Bayerischem Bauernverband sowie Bürgerinnen und Bürgern aus dem Landkreis.



Weitere Infos dazu auf Martins [Homepage](#)

Alle Termine von Martin findet ihr [hier](#).

Terminrückblick



25.01.2019 – Grüner Neujahrsempfang Schwalm-Eder

Ein fröhliches Wiedersehen im Wahlkreis gab es auf dem Neujahrsempfang des Kreisverbands Schwalm-Eder. Mit dabei, langjährige Grüne aus der Europa-, Bundes-, Landes-, und Lokalpolitik. Mit diesem Treffen wurde das Europawahljahr 2019 schwungvoll eingeläutet.



19.01.2019 – Wir-haben-es-satt Demo zum Auftakt der IGW in Berlin

Zum Auftakt der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin demonstrierten rund 35000 Teilnehmer, darunter Umwelt- und Landwirtschaftsverbände für eine bessere Agrarpolitik. Mit 171 Traktoren und mächtigem Lärm machten die Demonstranten in Berlin-Mitte deutlich, dass sie mit der Verteilung der EU-Agrarsubventionen zugunsten von Umwelt und Kleinbauern nicht einverstanden sind. Im Getümmel, Martin mit Vertretern der grünen Bundestagsfraktion.

08.02.2019 – Loccumer Landwirtschaftstagung 2019

Zielorientierung in der Gemeinsamen Agrarpolitik: Aber welche Ziele – und welche Mittel? Unter Mitwirkung zahlreicher Experten wurde hier der Reformvorschlag der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik besprochen und analysiert. Die Vortragsmaterialien können [hier](#) eingesehen werden.

22.02.2019 – Podium in Meran (Südtirol) – Futter für die Großen? Die EU-Landwirtschaftspolitik



In der Reihe „querdenken“ diskutierte ich in der Mega-Äpfelanbauregion Südtirol darüber, wie wir in Europa giffreie Lebensmittel von guter Qualität wieder zum Mainstream machen können. Mit mehr Ökolandbau, mehr Vielfalt und mehr Qualität. Die Veranstaltung war der Auftakt meiner mehrtägigen Reise durch Südtirol, bei der ich mit Bauern, Aktivisten und Verbänden zum Thema nachhaltige Landwirtschaft und Pestizidabdrift gesprochen habe.



14.03.2019 – Ausstellungseröffnung Artenschwund stoppen

Vortrag und Diskussion zur Biodiversitätsausstellung der evangelischen Kirche in Kassel: Angeregte Diskussionen und interessante Einblicke gab es bei der Ausstellungseröffnung „Artenschwund stoppen! Was können Europa & die Regionen tun?“. Natürlich spielte auch hier die Landwirtschaftspolitik der EU mit den Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik eine große Rolle.



19.03.2019 – Hormonverändernde Stoffe: Gastvortrag im Europäischen Parlament



Am 19. März war Frau Professor Joëlle Rüegg, Biochemikerin und Neurowissenschaftlerin, mein Gast im Europäischen Parlament. Sie forscht zu hormonverändernden Stoffen und beschäftigt sich mit den Auswirkungen unseres täglichen Chemikalien-Cocktails, dem wir durch Lebensmittel und ihren Verpackungen ausgesetzt sind. Schwerpunkt ihrer Arbeit sind die Auswirkungen der Chemikalien auf noch ungeborene Kinder. Die Ergebnisse ihrer Forschungen sind eindeutig: Sind Ungeborene in gewissen Entwicklungsfenstern bestimmten Chemikalien ausgesetzt, so kann dies seine gesamte weitere Entwicklung verzögern oder beeinträchtigen. Die Präsentation, die sie bei Ihrem Vortrag zeigte, senden wir gerne auf Anfrage zu.

Filmempfehlungen:

[Arte: Wie schaffen wir die Agrarwende?](#)

[ARD: Die Macht der Bauernlobby](#)

[3Sat: Wie gesund ist unser Brot?](#)

Kontakt und Impressum

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehe ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin euch gern zur Verfügung: [Kontaktmöglichkeiten](#).

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)

Die Anmeldung für den Newsletter findet ihr [hier](#).